

10.04.2014

EEG-Umlagebefreiung der energieintensiven Industrie

Die Diskussionen um die Reform des EEG und damit um die mittelfristige Zukunft der Energiewende in Deutschland haben sich in den vergangenen Wochen immer mehr auf ein Kernthema zugespitzt – die Kosten im allgemeinen und den Beitrag der Industrie im speziellen.

Über die Sinnhaftigkeit einer Reform, die ausschließlich die Kosten eines unzweifelhaft ökonomisch nachhaltigen Wandels behandelt und die Nutzen außer acht lässt, möchte ich mich jetzt nicht äußern.

Ich möchte ein wenig Licht in die derzeit sehr unsachlich geführte Diskussion um energieintensive Unternehmen, die Gefährdung von Arbeitsplätzen und die politische Richtung in diesem Bereich bringen.

Energieintensive Unternehmen

Was ist mit dem Begriff energie- oder stromintensive Unternehmen eigentlich gemeint? Berechtigte und gleichzeitig schwierige Frage, denn es gibt keine gültige Definition. In der Energiesteuerrichtlinie der EU wird ein energieintensiver Betrieb als solcher definiert, dessen Energie- und Strombeschaffungskosten auf mindestens 3% des Produktionswertes belaufen, oder die zu entrichtende nationale Energiesteuer mindestens 0,5% des Mehrwertes beträgt. Im EEG gibt es die besondere Ausgleichsregelung in den §§40 ff. EEG, in denen Unternehmen als stromintensiv bezeichnet werden, wenn der Stromkostenanteil 14% der Bruttowertschöpfung übersteigt.

Energiekosten, Stromkosten, Produktionswerte und Bruttowertschöpfung – obwohl man sich nicht einig ist wie man diese Unternehmen definiert, konnte man sich in dieser Woche in Brüssel einigen dass sie besonders gefördert werden müssen.

Und obwohl man nicht weiß welche Unternehmen so genau dazu gehören, wissen Politiker und Verbände scheinbar ganz genau wie wertvoll diese Firmen für die deutsche Wirtschaft sind. Es gibt sogar einen Verband der energieintensiven Industrie, der sich über die Zugehörigkeitskriterien jedoch gänzlich ausschweigt. Er weiß aber dass 830.000 Arbeitsplätze dazugehören, und 311 Milliarden Euro umgesetzt werden.

Strompreise

Über Strompreise der energieintensiven Industrie wird immer nur gewarnt, nie konkret in Zahlen gesprochen. Wenn, dann beruft sich die Politik auf Zahlen von EUROSTAT, die regelmäßig die Industriestrompreise veröffentlichen.

EUROSTAT ist zwar eine gute Quelle, allerdings werden die Industriestrompreise ab einem Verbrauch von 2000 MWh ermittelt, worin selbstverständlich die energieintensive Industrie auch enthalten ist, jedoch auch ganz normale Unternehmen die einfach aufgrund ihrer Größe einen hohen Bedarf haben, niemals aber als energieintensiv gelten. Es wird nicht differenziert wie viel genau die Gruppe bezahlt, die von den hohen Kosten verschont werden soll. Nirgendwo, und zwar aus einem ganz einfachen Grund – es wäre kein Argument mehr.

Interessant ist dass der Strompreis der gesamten hier dargestellten Industrie seit 2009 gegenüber 2013 um 12% gesunken ist. Er liegt ohne Steuer 5% unter dem europäischen Durchschnitt. ([link](#)) Zum Vergleich, der private Strompreis ist in diesem Zeitraum um knappe 7% gestiegen, ohne Steuern und Umlagen wohlgermerkt. ([link](#)) Der Börsenstrompreis ist in diesem Zeitraum massiv gefallen, teilweise über 6ct/kWh, was einerseits negativ für die EEG-Umlage ist, da die Vergütung fest ist und alles was nicht an der Börse eingenommen wird durch die Umlage finanziert werden muss, andererseits dazu führt dass die Industrie noch billiger an Strom kommt.

Denn stromintensive Unternehmen kaufen oftmals direkt an der Börse ein, und profitieren somit im doppelten Sinn von der EEG-Umlage, die der Bürger bezahlt.

Arbeitsplätze

Es stimmt natürlich, die Industrie beschäftigt viele Leute. Und die Industrie ist wichtig für Deutschland, denn nur eine starke deutsche Wirtschaft sorgt dafür dass die ökologischen Ziele umgesetzt werden, je schlechter es einer Wirtschaft geht, desto nachlässiger werden in der Regel Umweltstandards und gesellschaftliche Aufgaben behandelt.

Aber es muss stets darauf geachtet werden dass es nicht zu einem Ungleichgewicht zwischen Belastung der Bevölkerung zu Gunsten der Industrie – und vor allem deren Aktionären kommt. Andererseits muss man – und dass ist der konkrete Kritikpunkt – die Bevölkerung ehrlich behandeln.

2100 Unternehmen werden derzeit von der EEG-Umlage teils oder ganz befreit. Nach Absprachen zwischen der Bundesregierung und der EU werden es zukünftig nur ca. 500 weniger sein. Der Bundesregierung liegen nach eigenen Angaben vom 11. März keine konkreten Aussagen vor dass auch nur eines dieser Unternehmen abwandern wollte, die Regierung handelt nach Aussage von Frau Zypries in diesem Punkt nach den Ankündigungen der Industrieverbände und nach Aussagen in Medien.

Die Industrie, und ihr nachstehend nun auch Politiker aus Union und SPD, behaupten die hohen Strompreise gefährden tausende Arbeitsplätze, und deshalb müssen die Unternehmen von der EEG-Umlage befreit werden.

Fazit

Fakt ist, der Strompreis ist durch das EEG gesunken, und zwar für die meisten der befreiten Unternehmen mehr, als sie für die EEG-Umlage bezahlen müssten. Wenn sie nun auch noch befreit sind, müssen die Kosten der Befreiung auf alle anderen Verbraucher umgelegt werden. Derzeit bezahlen wir diese als Endverbraucher mit 0,3 Cent je Kilowattstunde direkt, und indirekt über unsere hohen Strompreise.

Wir sorgen also nicht dafür dass die Industrie nicht so stark, oder nicht mehr als bisher belastet wird, wir sorgen dafür dass die Industrie entlastet wird, indem wir Kosten die sie zu tragen hätte übernehmen.

Wenn die Industrie mit den Strompreisen nicht wirtschaften kann, wäre das eine Sache – aber sie darf nicht behaupten es läge an der Energiewende, die ist nämlich für sie ein Gewinn, auch wenn sie das immer verschweigen.

Am Ende ist es also so, dass unsere Politik uns allen eine Subvention der Industrie aufs Auge drückt, ohne das Kind beim Namen zu nennen. Wir könnten genauso gut 10ct/kg auf das Brot aufschlagen, und die Einnahmen den Konzernen mit den meisten Arbeitsplätzen geben.

Den Politikern die im Einklang mit der Industrie und den Interessensverbänden sagen es wäre die EEG-Umlage die den Strompreis hochtreibt, muss man ganz klar unterstellen dass sie die Bevölkerung nicht korrekt informiert. Leider sind das die allermeisten.

Man wird sehen was aus dem EEG wird, die groß angekündigte Reform ist es längst nicht mehr, statt wirklich die Probleme anzugehen wird gedeckelt und geklüngelt. Aus fachlicher Sicht kann man nicht mehr vom Ziel Energiewende sprechen, sondern wirklich nur noch davon dass auf dem Rücken der Energiewende der Bürger be- und die Industrie entlastet wird.

Dominik Pfeifer

B. Sc. Ing. Management erneuerbarer Energien